

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

5.3.1921 (No. 54)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortl.  
Hauptredak-  
teur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Abdruckrecht:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigebildung, drucktechnischer Vervielfachung und Konstruktionsarbeiten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Keine sportlichen Wettspiele an höchsten Feiertagen.

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 28. Januar 1921 beschlossen, daß im Lande Baden an den höchsten Feiertagen, also am ersten Tage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten, am Karfreitag und Fronleichnamstag, keine sportlichen Wettspiele stattfinden dürfen.

Die Bezirksämter sind in Vollzug dieses Beschlusses angewiesen, sämtliche sportlichen Wettspiele am ersten Tage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten und in den Gemeinden, in welchen die katholische Kirche Pfarrechte hat, am Fronleichnamstag sowie in den Gemeinden, in welchen die evangelische Konfession Pfarrechte hat, am Karfreitag zu unterlagen.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt hat neuerdings eine weitere Verschlechterung erfahren. Verschiedene Betriebe, insbesondere der Metallindustrie, sahen sich zu weiteren Einschränkungen genötigt. Der ungünstigen Entwicklung entsprechend ist auch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 4369 auf 4438 gestiegen. Die Summe den an sie ausbezahlten Unterstützungen belief sich auf 326 646,33 M. Außerdem wurden an 501 Männer und 212 Frauen Kurzarbeiterzulagen im Betrag von 58 224,76 M. ausbezahlt. Mit Notstandsarbeiten wurden 3349 Arbeiter beschäftigt.

In den einzelnen Berufsgruppen hat sich die Lage folgendermaßen gestaltet:

In der Landwirtschaft machte sich vereinzelt zwar eine vermehrte Nachfrage nach landwirtschaftlichem Dienstpersonal geltend, im allgemeinen ist jedoch ein größerer Bedarf an Arbeitskräften erst in den nächsten Wochen mit Einstellung der Frühjahrseinstellung zu erwarten.

Die Industrie der Steine und Erden weist gegenüber der Vorwoche infolgedessen ein schlechteres Bild auf, als sich ein größeres Unternehmen der Steinindustrie zu erheblichen Betriebsbeschränkungen genötigt sah.

Die Metall- und Maschinenindustrie hat eine weitere Verschlechterung erfahren.

In der chemischen Industrie bestand infolge der ungünstigen Lage keine Nachfrage nach Arbeitskräften.

In der Industrie der Spinnstoffe, wie auch in der Papier- und Lederindustrie hat sich in der Berichtwoche keine wesentliche Veränderung ergeben.

In der Holzindustrie war eine gewisse Nachfrage nach tüchtigen Möbelschreibern wahrzunehmen.

Im Nahrungsmittelgewerbe besteht das bisherige ungünstige Verhältnis von Arbeitsangebot und Nachfrage fort. Was die Genussmittelindustrie betrifft, so scheint in der Tabakfabrikation eine teilweise Verschlechterung einzutreten.

Die Lage in der Bekleidungs- und Reinigungsindustrie weist noch keine erhebliche Besserung auf, obgleich einige offene Stellen für Schneider gemeldet waren. Ungünstig ist nach wie vor insbesondere die Lage im Schuhmachergewerbe; dagegen läßt die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Hutindustrie auf verhältnismäßig günstigeren Geschäftsgang schließen. Im Friseurgewerbe ist das Arbeitsangebot wesentlich größer als die Nachfrage.

Das Baugewerbe ist immer noch schlecht beschäftigt.

Das Viehhaltungsgewerbe liegt nach wie vor darnieder. Entsprechend der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage fällt es schwer, Fabrikarbeitern, Maschinen- und Hilfsarbeitern Arbeit zu verschaffen.

Im Handelsgewerbe werden vereinzelt tüchtige Spezialisten gesucht.

Gingegen macht sich im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe infolge der beginnenden Saison rege Nachfrage nach Arbeitskräften geltend.

#### Betriebsbeschränkungen und Schließungen.

Die Betriebsbeschränkungen in der Porzellanindustrie haben an Ausdehnung gewonnen; gegenwärtig sind in ca. 60 Fabriken (gegenüber 55 von der Vorwoche) ca. 600 (800) Männer und 1350 (1200) Frauen nur als Kurzarbeiter bei 1-3 tägiger Verkürzung beschäftigt.

Von sonstigen Betriebsbeschränkungen wurden 120 Männer und 158 Frauen betroffen.

### \* Vorbereitungen.

Die deutsche Delegation in London bereitet sich auf die Antwort vor, die sie wahrscheinlich schon am Sonntag, Lloyd George erteilen wird. Über den Wortlaut dieser Antwort ist nichts bekannt. Die Delegation selbst und mit ihr die deutsche Reichsregierung in Berlin bewahren verständlicherweise nach außen hin vollkommenes Stillschweigen.

Daß die Entscheidung, die mit unserer Antwort fällt, in aller erster Linie durch die Delegation bestimmt wird, liegt auf der Hand. Wer an Ort und Stelle ist, kann sachlich und psychologisch die Situation am besten beurteilen und ist am ehesten berufen, Rat zu erteilen. Und von vornherein hatte man natürlich die deutsche Delegation nicht etwa auf ein starres Programm festgelegt, sondern ihr eine gewisse Bewegungsfreiheit eingeräumt.

Es ist sonach ganz selbstverständlich, daß wir in unserer Antwort immerhin den Versuch machen werden, der Entente den Eintritt in regelrechte Verhandlungen schmackhaft zu machen. Ein schroffes Beharren auf den Buchstaben unserer Gegenvorschläge ist zweifellos nicht beabsichtigt. Der Leitgedanke, der uns führt, wird allerdings nicht außer Acht gelassen oder verwässert werden. Und dieser Leitgedanke beruht auf der Erkenntnis, daß wir die Pariser Beschlüsse unter gar keinen Umständen akzeptieren können, da sie unausführbar sind.

Eine Unterschrift unter diese Beschlüsse wäre eine Unredlichkeit und eine politische Dummheit noch obendrein. Denn wenn es sich nach ein paar Monaten herausstellen würde, daß wir die von uns unterschriebenen Bedingungen nicht erfüllen können, würden die „Sanktionen“ ja doch erfolgen, dann aber mit dem gewichtigen Unterschied, daß die Entente vor der ganzen Welt erklären könnte: „Seht mal diese Deutschen! Erst nehmen sie feierlich unsere Bedingungen an und tun so, als ob sie guten Willens seien, und jetzt zeigen sie ihr wahres Gesicht und brechen die Verträge!“

Einem solchen Vorwurf dürfen wir uns nicht aussetzen. Wir haben uns streng an die Vorschriften von Recht und Gerechtigkeit zu halten; denn der Begriff von Recht ist ja das einzige, moralische, Kampfmittel, das uns noch geblieben ist. Von diesem Rechtsstandpunkt aus können wir andererseits der Entente nachweisen, daß sie mit der ganzen Art, wie sie in den letzten Monaten die Reparationsfrage behandelt hat, bereits den Friedensvertrag von Versailles bricht. Der Friedensvertrag sieht z. B. derartige „Sanktionen“, wie sie die Entente uns jetzt androht, keineswegs vor, und auch von einer militärischen Besetzung weiterer Gebiete ist darin keine Rede. Die Entente müßte es sich, wenn sie bei ihrer Politik beharrt, gefallen lassen, daß wir sie in aller Form eines eklamanten Bruchs des Friedensvertrages bezichtigen und aus diesem Bruch auch für uns das Recht ableiten, den Friedensvertrag in seiner Gesamtheit nicht weiter zu erfüllen.

Die Entente wird es sich eben überlegen müssen, ob sie es wirklich bis zum äußersten treiben will. Es ist ja an sich eine einfache Sache, das halbe Deutschland militärisch zu besetzen. Aber herauspringen wird dabei nichts, als neue Verwirrung, neues Elend und neuer Schaden. Die Arbeitslust wird die Entente mit solchen Maßnahmen jedenfalls nicht fördern. Aber es ist ja möglich, daß sie heute bereits entschlossen ist, hinter jeden deutschen Arbeiter und hinter jeden deutschen Beamten einen französischen Polizeihütel zu stellen, der für die richtige Befolgung aller der Erpressungsvorschriften der Entente sorgt. Es eröffnet sich eine Perspektive mündervoller Menschlichkeit und herrlicher Klugheit, wenn wir uns die Konsequenzen der Entente politik vor Augen führen.

Mit einem muß die Entente heute, wo die Wotschaft Gardings — leider erst im Auszug — vorliegt, unter allen Umständen rechnen, nämlich damit, daß Amerika diese ganze Entente politik mißbilligt und jedenfalls nichts tun wird, um sie zu unterstützen. Dagegen liegt die Annahme nahe, daß Amerika auch seinerseits unmittelbar eingreifen wird, wenn sich erst einmal praktisch herausgestellt hat, daß diese Politik amerikanische Interessen berührt und schädigt. Die Entente staatsmänner der schroffen Tonart, also vor allem die Franzosen, werden wohl von der Lektüre der Wotschaft nicht sonderlich erbaut sein.

Was werden sie z. B. sagen zu dem von Garding aufgestellten Grundsatz, daß die wirtschaftlichen Bande die

engste Verbindung der Völker bilden müssen, und daß niemand nehmen könne, der nicht auch gibt. Frankreich will nur nehmen und immer wieder nehmen und dann nochmal nehmen; geben aber will es nichts. Das Verriekte bei der Methode ist aber das, daß Frankreich dort nehmen will, wo einstweilen gar nichts zu holen ist, und wo nur dann etwas zu holen sein wird, wenn die Entente ihrerseits gibt.

Was wird Briand zu dem weiteren Sage Gardings sagen, sein Bestreben werde es sein, den Wiederaufbau, die Neugestaltung, die Wiederherstellung nach Kräften zu beschleunigen? Und zu dem anderen Sage, der sich für eine Kreditgewährung, für den Frieden in der ganzen Welt und für eine weit-herzige Verteilung der Früchte der Arbeit erklärt? Und wenn Garding auch im allgemeinen den Grundsatz der aktiven Nichteinmischung in die europäischen Angelegenheiten proklamiert, so meint er damit offenbar lediglich eine über das normale Maß hinausgehende Verwicklung, eine Verwicklung, die dann schließlich zum Kriege führen müsse. Und bei aller grundsätzlichen Fernhaltung von den eigentlichen europäischen Zwistigkeiten verkündet Garding doch auch wieder seinen festen Willen, sich für den Schutz der amerikanischen Industrie einzusetzen, ohne die die ausländische Konkurrenz den allgemeinen Lebensstandard nicht zum Sinken bringen werde.

Was Gardings Stellung zum „Völkerbund“ anlangt, so ist sie sehr vorsichtig. Er will keinerlei politische und wirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, die die eigenen Entscheidungen einer fremden Autorität unterordnen. Er scheint demnach dem Völkerbund, der eben einseitig unter der Autorität Frankreichs und Englands steht, wenig Vertrauen entgegenzubringen. Für eine Einschränkung der Rüstungen und für eine Ausschaltung des Krieges tritt Garding allerdings mit Lebhaftigkeit ein. Er hat offenbar Völkerbundideen im Auge, die etwas anders aussehen, als die Ideen, die der augenblicklich bestehende Völkerbund vertritt, der vollkommen unter der Fuchtel der Entente steht.

Jedenfalls wird die Wotschaft Gardings, deren genauen Wortlaut wir noch abzuwarten haben, auf die in London versammelten Staatsmänner der Entente nicht gerade im Sinne ihrer eigenen Politik einwirken. Sie wird hoffentlich auch den französischen Vernichtungspolitikern zu denken geben und Lloyd George, der ja wohl persönlich gerne vermitteln möchte, eine gewisse Rückenstärkung gewähren.

### Politische Neuigkeiten.

#### Noch keine Entscheidung.

Nach den an zuständiger Stelle vorliegenden Nachrichten ist die Situation in London unverändert. Über neue deutsche Reparationsvorschläge ist nichts bekannt.

Den Berliner Blättern zufolge trat gestern nachmittag das Reichskabinett zu einer Besprechung der Londoner Verhandlungen zusammen. Den Verhandlungen lag der Situationsbericht des Außenministers Dr. Simons zu Grund. Im Anschluß an die Kabinettsitzung fand eine Besprechung mit den Parteiführern statt. Der Reichskanzler wird heute im Reichstag im Namen der Regierung des Reiches eine Erklärung zu den Verhandlungen in London abgeben. Wodurch wird der Reichstag um einige Stunden die Sitzung unterbrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur Regierungsbekanntmachung Stellung zu nehmen. Nach dem Wiederbeginn der Sitzung wird dann eine große politische Aussprache stattfinden.

Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angekündigten Zwangsmahnahmen schwer, aber nicht unerwartet seien und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schwierigkeiten soweit als möglich Vorsorge getroffen habe. Die angekündigten Mahnahmen könnten keine Veranlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

Unter der Leitung des Reichskanzlers fand gestern nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angekündigten Zwangsmahnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Mahnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben zwar die schwersten Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterschrift von Verpflichtungen abzulehnen, die Deutschland zu erfüllen außerstande sei, nicht abbringen können.

56 deutsche Verbände und Vereinigungen der Schweiz haben an die Reichsregierung folgende Kundgebung gerichtet: In tiefer Sorge um das Vaterland beschwören die unterzeichneten 56 deutschen Verbände und Vereine in der Schweiz die Reichsregierung, in London festzukleben.

Von Reichsminister Dr. Simons ist bei Oberbürgermeister ...

Für die von der Stadtverordnetenversammlung in Essen ...

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichs- ...

Industrie, Handel und Landwirtschaft Deutschlands erwar- ...

Die Antrittsrede Harding.

In seiner Antrittsrede erklärte Präsident Harding, die ...

Harding trat in Anbetracht des Wettbewerbs des Auslandes ...

Das neue Kabinett wird aus folgenden Mitgliedern be- ...

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung wurde ein Antrag Ledebour (U.S.) ...

Volksbühne.

Thesen „Stützen der Gesellschaft“.

Auf der Suche nach einem geeigneten Stück für die Volks- ...

Das Stück streift an die Tragik, nimmt aber einen ver- ...

Gespielt wurde unter Herrn Herz' verdienstvoller Leitung ...

Kurze polit. Nachrichten.

Die russischen Unruhen. Geringfügige Meldungen bestä- ...

Badische Uebersicht.

Badische Wochenrückblicke.

Koststandsarbeiten in Heidelberg.

In einer bemerkenswerten amtlichen Darstellung hat der ...

Die Lösung der Koststandsarbeiten erfolgte anfangs in ...

Um eine bessere Arbeitsleistung zu erzielen, ...

Dem eifrigen Zusammenarbeiten des Vorstandes ...

Situation beherrscht. Den allmählichen Zusammenbruch, ...

W. Plaut-Abend. Der beliebte Vortragskünstler Joseph ...

Das Theater und das neue Publikum. Über dieses Thema ...

Auf Schluß des vergangenen Jahres war die Zahl der in ...

Die finanziellen Aufwendungen der Stadtkasse für ...

Nach den zur genannten Verordnung erlassenen Vollzug- ...

Schleichhandel, Schmuggel und Preistreiberi.

Diese Krebsgeschäden am deutschen Wirtschaftsorganismus ...

Selbsthilfe im Kampfe gegen die Tuberkulose.

In neuartiger, vorbildlicher Weise haben die Kreisärzte ...

Diese Mittelungen werden auch in Baden interessieren. ...

Badischer Landtag.

Auf der Tagesordnung der 29. Sitzung am Dienstag, ...

Die demokratischen Abg. Dr. Bock, Freudenberger, Dr. Jester und Schön haben im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht:

Die Reichseisenbahnverwaltung hat in ihrem Bemühen, ihre Ausgaben zu vermindern, zu Maßnahmen gegriffen, die eine große Erbitterung in der Bevölkerung verursachen. So wurde den Bürgermeistern und der Handelswelt in einer Reihe mittlerer Städte, z. B. Donaueschingen, Müllheim, Wolfach, mitgeteilt, daß der Fernsprechananschluß der Stationsämter bzw. Güterabfertigung aufgegeben werde, wenn die Handelswelt der betr. Stadt nicht den größeren Teil der Kosten trage. Bei diesem außerordentlich rückwärtigen Ansinnen wird übersehen, daß auch die Stationsämter und namentlich Güterabfertigungen zu einem geordneten Geschäftsbetrieb des Fernsprechers bedürfen; es bedeutet außerdem eine ungerechte Benachteiligung der mittleren Städte. Es steht zu befürchten, daß bei der Schwierigkeit der Beschaffung der verlangten Beiträge die unverständliche Maßregel einer Kündigung der Fernsprechananschlüsse durchgeführt wird und die Bahnverwaltung zu dem veralteten Mittel der Botengänger zurückdreht. Ist die Regierung bereit, beim Reichsverkehrsministerium entsprechende Vorstellungen zu erheben?

### Ein Beleidigungsprozeß.

Am Vor der Strafkammer I des Landgerichts Karlsruhe fand gestern der Prozeß Karl Wilhelm Gerlan von Karlsruhe unter der Anklage der Beleidigung. Der Öffnungsbeschluß und die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Gerlan hatte Anfang Dezember in einem Arbeitsraum Äußerungen über den Reichspräsidenten Ebert und die sozialdemokratischen Mitglieder der badischen Regierung getan, die eine grobe Verleumdung und Schmähschneidung darstellten. U. a. behauptete Gerlan, der Reichspräsident sei bei seinen Besuchen in Karlsruhe und Baden-Baden betrunken gewesen, ferner die sozialdemokratischen Mitglieder der badischen Regierung hätten sich nur die Taschen, um dann wieder abzutreten. Die Einvernahme zweier Zeugen ergab, daß Gerlan tatsächlich in dieser verleumdenden Weise geäußert hat. Der Angeklagte glaubte sich damit entlastet zu können, daß er betrunken, er habe nur gesagt, „was — er gehört habe“, die Absicht der Schmähschneidung habe ihm ferngelegen.

Demgegenüber wies der Vertreter der Anklage darauf hin, daß für das Endergebnis von keiner Bedeutung sein könne, ob Gerlan nur Gehörtes wiedergegeben oder selbst beleidigt habe, denn seine Äußerungen habe er als seine eigene Ansicht vorgebracht. Wenn Behauptungen, wie die Gerlans, schon für einen Privatmann eine schwere Schädigung seiner Ehre darstellen, wieviel mehr für Leute, die im öffentlichen Leben an führender Stelle stehen. Dieser Umstand müsse bei der Strafbestimmung unbedingt in Rechnung gestellt werden, weshalb eine Freiheitsstrafe angebracht sei.

Staatsrat Marum, der die Reichspräsident Ebert und die Minister Kemmele und Rüdert Nebenklage erhoben hatten, sprach für die Nebenklage und hob namentlich auf die schwere Schmähschneidung ab, die in der Behauptung Gerlans zu erblicken sei, die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder hätten sich die Taschen. Der Angeklagte sei wohl durchaus unbesonnen und habe auch seine Beleidigungen nur in kleinem Kreise ausgesprochen, es müsse aber unter allen Umständen dafür Sorge getroffen werden, daß solche Verleumdungen, die sich in vertraulichem Kreise getan werden und eben deshalb fortdauern, durch entsprechende gerichtliche Abfindung nach Möglichkeit ein Ende bereitet werde. Darin liege auch der Grund, der den Reichspräsidenten veranlaßt hat, neuerdings in derartigen Fällen auf ein Sühnverfahren nicht mehr einzugehen.

Den Darlegungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Diebold, der angesichts der Unbescholtenheit des Angeklagten und mit Rücksicht auf den vertraulichen Kreis, in welchem Gerlan seine Äußerungen getan hat, gegen eine Freiheitsstrafe plädierte, trug das Gericht nicht Rechnung: Gerlan wurde zu 2 Wochen Gefängnis, sowie Ertragung der Kosten einschließlich der Kosten der Nebenklage verurteilt. Bei der Strafbestimmung war nach der Urteilsbegründung maßgebend, daß Gerlan gut beleumdet und nicht vorbestraft ist, ferner daß er die Äußerungen in kleinem Kreise getan hat. Außerdem wurde berücksichtigt, daß die Schmähschneidung vor den Trägern der Staatsgewalt in letzter Zeit ganz allgemein in höherem Maße zu wünschen übrig gelassen hat. Die ehrenrührigen Behauptungen des Angeklagten seien jedoch von solcher Schwere, daß sie nur mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden können.

Der Fall zeigte wieder einmal in klarer Weise, wie stumpflos gegen Männer in führender Stellung böswillige, schmähschneidende Behauptungen ausgestreut werden; andererseits aber auch, wozu es führt, sich derartige haltlose Behauptungen zu eigen zu machen und aus gewissen Stimmungen heraus weiter zu verbreiten.

### Die Förderung des Futterbaues.

PA. Bei einer am 5. Februar d. J. mit den beteiligten Kreisen im Ministerium des Inneren gepflogenen Aussprache über die künftig zur Förderung der Rindviehzucht zu ergreifenden Maßnahmen ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß nur dann ein tatsächlicher Erfolg zu erwarten sein wird, wenn Hand in Hand damit die Landwirte der Hebung des Futterbaues die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Diese Förderung ist eigentlich selbstverständlich, denn ein rationeller Futterbau bildet die Grundlage einer ertragreichen Viehhaltung, ihre Bedeutung wird aber von einer großen Zahl unserer Landwirte noch nicht genügend erkannt.

Ohne hier auf die großen Projekte der Entwässerung ausgedehnter und so gut wie ertragloser Wiesenlandereien in der Rheinebene näher einzugehen, sei ganz allgemein darauf aufmerksam gemacht, daß sich den Wiesen und Weiden im badischen Land durch bessere Behandlung, Pflege und Düngung weit höhere Erträge als bisher abgewinnen lassen.

Das Wasser, so nützlich es für die Ertragssteigerung ist, wird vielfach mißbraucht, indem die Wiesen zu stark oder zu unrichtiger Zeit bewässert werden. Fehlt es dann gleichzeitig an einer sachgemäßen Entwässerungseinrichtung oder werden die vorhandenen nicht in Stand gehalten, so tritt Verwässerung ein.

Die Düngung der Wiesen und Weiden insbesondere mit künstlichen Düngemitteln wird nur zu oft ganz vernachlässigt. Solange die Düngemittel knapp waren und in erster Linie für die Ackerfrüchte gebraucht wurden, war dagegen nichts einzuwenden. Mit zunehmender Düngungsmenge muß aber auch wieder den Wiesen und Weiden ihr Anteil werden. Dabei ist zu beachten, daß auch die Stickstoffdünger dort lohnende Verwendung finden können.

Auch hinsichtlich der Pflege der Futterlandereien ist vieles nachzuholen, was in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Es sei hier an die Unkrautbekämpfung, die Bearbeitung und Säuberung der Wiesen und Weiden erinnert. Wo alle Mittel vertragen, darf der Landwirt auch nicht vor dem Umbruch und der Reineinfahrt zurücktreten.

Dem Ackerfütterbau wird künftig gleichfalls größere Beachtung zu schenken sein. Durch richtige Fruchtfolge, Auswahl passender und ertragreicher Futterpflanzenarten und ausreichende Düngung werden sich wesentlich höhere Erträge erzielen lassen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß den Landwirten jener Gegenden, wo die natürlichen Verhältnisse einen Futterbau in größerem Ausmaß verbieten, dadurch geholfen werden kann, daß ihnen der Bezug von Futter aus den badischen Überschussgebieten vermittelt wird.

### Wiederbelebung d. Preisprüfungsstellen.

Aus Konstanz wird uns geschrieben: Auf Einladung des Bad. Landespreiskamms Karlsruhe fand am 24. Februar 1921 im Bürgerausschußsaal Radolfzell eine Zusammenkunft aller Vorstände und Geschäftsführer der neuerrichteten Preisprüfstellen des Landeskommissariatsbezirks Konstanz statt. Zu der Zusammenkunft waren der Landeskommissar, Staatsanwalt Dr. Geißler von der Zentrale des Landespreiskamms, der größte Teil der Bezirksamtsvorstände, eine Reihe von Mitgliedern der Preisprüfungsstellen und Veterinärarzt Müller aus Radolfzell als Vorsitzender des Radolfzeller Ausschusses zur Ermittlung angemessener Preise für Schlachtvieh und Fleisch erschienen.

Den Vorsitz in beiden Versammlungen führte der Leiter der Zweigstelle Konstanz des Bad. Landespreiskamms, Dr. Geißler, welcher die Anwesenden begrüßte, in ihren Aufgabentkreis einführte, einen kurzen Überblick über die Entwicklungsgeschichte und rechtlichen Grundlagen der Preisprüfungsstellen gab und Preisprüfer und Publikum zu reger Mitwirkung an den Aufgaben der Preisprüfungsstelle aufrief. Die Versammlungen waren einmütig der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Zeit der Warenknappheit und der allgemein gefühlten Geschäftsmoral unter Wirtschaftslieben ohne Festsetzung von Angemessenheitspreisen und ohne Überwachung der Preise durch die Preisprüfungskommissionen und das Publikum selbst noch nicht auskommen könne.

Die Versammlungen nahmen einen durchaus harmonischen und im Diszussionsteil recht angeregten Verlauf. Staatsanwalt Dr. Geißler sprach über die bedeutungsvollen Funktionen der Zentrale des Landespreiskamms in den auf allmächtige Gründung unseres Wirtschaftslebens abzielenden behördlichen Aktionen, wobei insbesondere seine Ausführungen über Prüfung und Überwachung der Preise großer wirtschaftlicher Verbände begrifflich sehr lebhaftes Interesse erregten. Die Oberamtmänner und Preisprüfer besprachen dringliche Tagesfragen, wobei auch der Schwierigkeiten gedacht wurde, die der Preisprüfung von allen Seiten entgegenstehen.

Die Versammlungen gingen mit der Erwartung auseinander, daß nun auch das laufende Publikum selbst in seinem ureigenen Interesse so einseitig sein möge, die Preisprüfungsbehörde durch die Weigerung, höhere als die festgesetzten Angemessenheitspreise zu zahlen, und durch das Zurückgehen von Übertretungsfällen bei den Zweigstellen des Landespreiskamms zu fördern, denn nur aus dem Zusammenwirken des Publikums mit den in der Preisprüfung stehenden Behörden könne der Segen für unser Wirtschaftsleben erwachsen, den man mit der Wiederbelebung der Preisprüfungsstellen habe herbeiführen wollen.

### Haltepunkt Grenzacher Horn.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Der an der Strecke Basel Bad. Bahnhof—Säckingen zwischen den Stationen Bad. Bahnhof und Grenzacher Haltepunkt Grenzacher Horn erbaut am 17. März d. J. die Befugnis zur Aufstellung von Personen und Waggons der Vorposten über die Abfertigung von Personen, Reisegepäck, Gepäck, Milch, Hunden und Arzeneimitteln nach und von Haltestellen für den Vorpostenverkehr. Die Aufstellung von Gepäck, Gepäckwagen, Milch, Hunden und Arzeneimitteln bleibt ausgeschlossen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Badische Krüppel- und Erziehungs-Anstalt in Heidelberg. Es wird uns mitgeteilt, daß am 1. März d. J. im Landeskrüppelheim eine Korporation und eine Schulaufsicht eingerichtet worden ist, in der verteilten Kindern Gelegenheit gegeben wird, sich in diesen beiden Handwerken auszubilden. Platz für Unterbringung der Lehrlinge ist genügend vorhanden. Man wende sich an das Landeskrüppelheim Heidelberg, Mohrbaderstraße 149.

LPD. Heidelberg, 4. März. In der nächsten Woche findet hier auf Anregung der württembergischen Regierung eine Besprechung der Vertreter der südbadischen Staaten über die Frage der Regelung des Kurfsendungsverkehrs in diesem Jahre statt.

LPD. Heidelberg, 4. März. Der Stadtrat hat sich grundsätzlich bereit erklärt, sich an der zu gründenden Aktiengesellschaft zur Finanzierung des Redarkanals zu beteiligen. In der Gutfahrtshofstraße im Stadtteil Schlierbach wurde durch das Abfallen von Ruß mittelalterliche Wandgemälde aufgedeckt, die nun freigelegt werden sollen. — Der Stadtrat hat dem Bezirksamt auf dessen Anfrage hier vorgeschlagen, das im Vorjahr zum ersten Male gestattete Baden im freien Redar innerhalb des Stadtgebietes bzw. den Aufenthalt Badender am Ufer zu verbieten.

LPD. Au a. Rhein, 28. Febr. Der Feuertag von hier gefällteste Finanzbeamte Welsch hat sich laut „Rastatter Tagblatt“ beim Rastatter Finanzamt freiwillig gestellt, die beschlagnahmten Gelder wieder zurückzuerstatten und ist in Untersuchungshaft genommen worden.

LPD. Rastatt, 28. Febr. In der Nacht zum Samstag wurde der hiesigen Polizei ein Eisenbahnstiel übergeben, der im Schnellzug Mannheim—Basel einem Reisenden einen Handkoffer gestohlen hatte. Der Dieb ist ein 18jähriger Arbeiter, der hier wohnhaft ist. Allen Anschein nach hat er noch andere Eisenbahnstiele auf dem Gewissen.

LPD. Schwanau, 4. März. Der Bezirksrat Offenbach hat die Einprache gegen die Bürgermeistereiwahl hier verworfen. Bekanntlich hatten einige Personen des Wählerpersonals der Preisprüfstelle Fuchsbad, die in dem auf dem Gemeindefeld liegenden Teil der Anstalt untergebracht sind, Einpruch erhoben, weil die Wahl nicht ordnungsgemäß abgelaufen sei. Der Bezirksrat war der Ansicht, daß sowohl die Fuglinge wie das Personal ihren Wohnsitz in Offenbach haben, weil ihnen von der Verwaltung als wirtschaftlich zusammenhängendes Ganzes die Unterfunkräume usw. angewiesen werden. Bei der letzten Bürgermeistereiwahl in Offenbach waren etwa 60 Wahlberechtigte der Anstalt von der Wahl fern, weil mit der Ansetzung der Wahl gedroht würde, falls Anstaltsinsassen von der Schwanauer Gemeindefeld zur Wahl erscheinen würden. Diese glaubten nun ihr Wahlrecht in Schwanau ausüben zu können. Die Angehörigen können nun diese Sache dem Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

LPD. Emmendingen, 4. März. Der langjährige Bürgermeister der Stadt, Rehm, hat an den Gemeinderat die Mitteilung gelangen lassen, daß er von seinem Amt zurücktreten wolle, da seine geistige und körperliche Widerstandskraft nicht mehr ausreiche, allen Aufregungen, wie sie das Amt mit sich bringt, zu trotzen. Bürgermeister Rehm steht seit 24 Jahren an der Spitze der Gemeindeverwaltung von Emmendingen. Der Gemeinderat beschloß, dem Rücktrittsgesuch stattzugeben, in dem er zugleich die weitgehenden Verdienste Bürgermeisters Rehm um die Entwicklung der Stadt Emmendingen anerkannte.

LPD. Freiburg, 4. März. Der in Berlin verstorbene berühmte Kehllopforscher Geh. Rat Prof. Dr. Millan ist auf dem hiesigen Friedhof zur letzten Ruhe beigesetzt worden. Die Beteiligung an der Trauerfeier war sehr groß.

LPD. Lörach, 1. März. Zur Umbildung der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft hat sich hier eine neue Gesellschaft gebildet. Das Luftschiffahrtsunternehmen wird nach Lörach verlegt werden. Anfangs April wird diese Gesellschaft eine regelmäßige Luftschiffahrtsverbindung mit Frankfurt mit den Zwischenstationen Karlsruhe und Mannheim aufnehmen. Später soll eine weitere Luftlinie Lörach—Konstanz—München und vielleicht von Konstanz nach Zürich ausgebaut werden. Die Leitung des Unternehmens soll dem Badischen Flieger-Flieger übertragen werden.

LPD. Wehrh. 4. März. Wie der Verleger des „Oberrheinischen Grenzboten“ hier, Buchdruckereibesitzer J. Schönebeck mitteilt, hat er das Verlagsrecht dieser Zeitung an die „Stadler Tagblatt-G. m. b. H.“, der u. a. auch der „Seebote“ in Überlingen angehört, abgetreten.

### Aus der Landeshauptstadt.

Der Bürgerausschuß genehmigte gestern die Aufstellung eines Zentralkessels für Hochdruckdampfzeugung durch Ausnützung der Gase der Ofenanlagen des Gaswerks Ost, die Erziehung einer Benzolgewinnungsanlage im Gaswerk sowie die Vorlagen über die Stromversorgung von Wagnau und Grünwinkel. Zu einer längeren Debatte kam es bei Beratung der vom Stadtrat mit Stimmenmehrheit empfohlenen Vorlage betr. die Verpachtung des südlichen Gutshofes Rüppurr an den Landwirt R. Hensel und die Firma „Geflügelzucht Rheinhausen“. Stadtv. Marum kritisierte als Sprecher der Sozialdemokratie die Politik der Stadtverwaltung in dieser Frage. Es sei, so meinte er, überdenklich, aus einem sogenannten Dreifachen unter Ausnutzung von Hunderttausenden von Mark einen Gutshof zu errichten und diesen dann, wenn er den Rentabilitätsstand erreicht habe, dem Kapitalismus zur Ausbeutung zu überlassen. Die Stadtv. Geini (D.), Wittmann (Z.) und Weis (Dn.) stimmten der Verpachtung zu, Stadtrat Jung (L.S.P.) sprach dagegen. Schließlich wurde die Vorlage mit 60 gegen 41 Stimmen angenommen.

### Badische Zeitungsstimmen.

(Die von Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen können dem Zweck der Orientierung; sie lassen ein subjektives Bild geben von den Stimmungen und Meinungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

### Verluste der Deutschen Volkspartei.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Konstanzer Zeitung“: Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß bei den badischen Landtagswahlen nicht nur die Demokraten, sondern auch die Deutsche (lib.) Volkspartei mit Verlusten abscheidet, wenn man die Zahlen der letzten Reichstagswahl gegen die Stimmziffern vom 20. Februar hält. Betrachtet man diese Zahlen, so stellt sich folgendes heraus: Gegenüber den Reichstagswahlen im Juni 1920 haben die Demokraten rund 100 000 Stimmen verloren. Der Verlust der Deutschen Volkspartei stellt sich jedoch auf 260 000 Stimmen. Sie verlor im zweiten und fünften Wahlkreis je 29 000 Stimmen, im siebenten Wahlkreis 24 000 Stimmen, im sechsten 46 000, im dritten sogar 63 000 Stimmen. — Es gibt offenbar viele Leute, die es nicht mehr glauben, daß die Deutsche Volkspartei in der Lage ist, ihre Reichstagswahlparole „heraus aus dem Sumpf!“ wahr zu machen.

### Staatsanzeiger.

Das Justizministerium hat unterm 29. Januar d. J. dem Oberjustizsekretär Emil Schwörer beim Landgericht Karlsruhe am Oberlandesgericht bestellt.

Rechtsanwalt Dr. Gustav Kuntel hat auf die Zulassung beim Landgericht Freiburg verzichtet und ist in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht worden.

### Die Satzung der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft betr.

Die mit Bekanntmachung des Ministeriums des Inneren vom 9. Januar 1913 — Staatsanzeiger vom 19. Januar 1913 Nr. 18 zweites Blatt — veröffentlichte Satzung der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat mit Zustimmung der Genossenschaftsversammlung vom 13. Dezember 1920 und Genehmigung des Landesoberverwaltungsamts vom 31. Januar 1921 folgende Änderungen der §§ 30 und 32 erhalten:

In § 30 Abs. 1 ist zu setzen statt 1 R.: 3 R. In § 30 Abs. 2 ist statt 12 R. zu setzen 40 R. und am Schluss anzufügen: „und 20 R. für den halben Arbeitstag“.

In § 30 Abs. 4 Ziffer 1 ist zu setzen: statt 6 R. 20 R., statt 12 R. 40 R.

In § 30 Abs. 4 Ziffer 2 ist zu setzen: statt 3 R. 9 R., statt 6 R. 15 R.

In § 30 ist als Abs. 5 einzufügen: „Die Mitglieder der Genossenschaftsversammlung und des Genossenschaftsvorstandes erhalten außerdem, wenn sie auswärts übernachten müssen, ein Übernachtungsgeld von 20 R.“

In § 32 Ziffer 2 ist statt 2 R. zu setzen: 15 R.

In § 32 Ziffer 3 wird der Erbschaftbetrag für Beehrungskosten von 1,50 R. auf 10 R. und von 3 R. auf 20 R., sowie das Übernachtungsgeld von 3 R. auf 10 R. erhöht.

Karlsruhe, den 26. Februar 1921.

Badisches Arbeitsministerium. Engler. Reber.



## Badisches Landestheater.

Sonntag, den 6. März 1921:  
In der Wandelhalle des I. Rang vor mittags 11.15 Uhr:  
**Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes.**  
Mays-Quartett, D-dur II. Satz. Vortrag von Prof. Dr. Di-  
belius über „Das Theater und das neue Publikum“.  
Mark 1.50. Für Nichtmitglieder Mark 3.—.  
**Landestheater. Konzerthaus.**  
**Die Zauberflöte Zwangseinquartierung.**  
7 bis 8.45 Uhr.  
Mark 11.—.  
6.30 bis geg. 9.30. Mk. 20.—

**Sonntag**  
6. März 4<sup>1/2</sup>, nachmittags in der  
großen Festhalle  
**4. Sinfonie-Konzert**  
**Pfalz-Orchester**

Leitung: Generalmusikdirektor Professor Ernst  
Boche. Solisten: Frau Luise Lobstein-Wirz  
(Heidelberg), Sopran, Herr Hans Bahling vom  
Nationaltheater Mannheim, Bariton.  
Spielfolge:  
Pfitzner: Ouvertüre zum „Christoffel“, Pfitzner:  
Erzählung des Dietrich aus „Der arme Heinrich“.  
Mahler: Vierte Sinfonie G-dur (mit Sopran-Solo).  
Strauß: Till Eulenspiegels lustige Streiche.  
Karten zu 10.—, 7.50, 5.—, 4.— und 3.— Mk.  
(einschl. Steuer und Einlagegebühr in die Fest-  
halle) in der Musikalienhandlung

Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

**GALERIE MOOS**  
187 Kaiserstraße 187  
**März-Ausstellung**  
Th. Butz R. Probst  
H. v. Volkmann. P. J. Wehrle.



sind die rationellsten zum Antriebe  
landwirtschaftlicher, gewerblicher  
und industrieller Maschinen.

**BROWN, BOVERI & CO**  
AKTIENGESELLSCHAFT  
Abteilung Installationen  
**Büro KARLSRUHE**  
Ettlingerstr. 59 Fernspr. 750, 775

**Bankhaus** 3.864  
**Straus & Co., Karlsruhe**  
Friedrichsplatz 1, Eingang Ritterstraße  
Fernsprecher: Für Ortsverkehr Nr. 30, 402 u. 506  
Für Fernverkehr Nr. 4901-4904

**Einladung zur Hauptversammlung**  
am Samstag, den 19. März 1921, nachmittags 3  
Uhr, im Sitzungssaal des Landtags, Karlsruhe,  
Ritterstraße 22. 3.985

Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht und Rechenbericht durch den Ge-  
schäftsführer, Dr. Rappfmeier,  
2. Beschlussfassung über die evtl. Auflösung des  
Vereins.

**Bad. Landeswohnungsvereine. D.**  
Der Vorsitzende: Sakur.

**Ladenlokal zu vermieten.**  
Für Lebensmittelverkaufsgeschäft in der aufblühen-  
den Gartenstadt Ziedelung Leopoldhöhe mit 3. Bt.  
110 bezogenen Wohnungen u. Aussicht auf bedeutende Er-  
weiterung der Siedelung ist ein neu erstelltes geräumiges  
Ladenlokal (60 qm groß), mit den erforderl. Nebenträumen  
— jedoch ohne Wohnung — alsbald zu vermieten.  
Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer der Ge-  
meinnützigen Baugenossenschaft Haltingen-Weil, Hal-  
tingen Gartenstadt zur Einsichtnahme auf.  
Angebote sind bis spätestens 15. März 1921 einzureichen.  
**Gemeinnützige Baugenossenschaft Haltingen-Weil**  
G.m.b.H. Der Vorstand.

## Ämtliche Bekanntmachung.

Die Firma Dyckerhoff & Widmann hat um Erlaub-  
nis zur Lagerung leicht entflammbarer Flüssigkeiten  
(Benzin, Petroleum) in ihrem Anwesen, Neureuter-  
straße 4a, nachgesucht. 3.190  
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit der  
Aufforderung, etwaige Einwendungen binnen 2 Wochen  
bei uns oder beim Stadtrat hier anzubringen, widrigen-  
falls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden  
Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Die Frist be-  
ginnt mit Ablauf des Tages, an dem das diese Bekannt-  
machung enthaltende Zeitungsblatt ausgegeben wird.  
Karlsruhe, den 24. Februar 1921.  
Bezirksamt. — Polizeidirektion C. O. 3.33

**Rundmachung**  
des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen  
vom 22. Jänner 1921 über die Begebung von  
steuerfreien 6-prozentigen sechsjährigen, jeder-  
zeit vierteljährlich kündbaren österreichischen  
Staatsobligationen Serie 1921 — I.

Die bisherigen 6-prozentigen, sechsjährigen, österreichischen  
Staatsobligationen Serie 1920 vom 1. September  
1920 mit Zinsfälligkeit am 1. März und 1. Septem-  
ber, die gegenwärtig bei der Staatszentralbank, bei  
den Postsparkassenämtern, bei allen staatlichen Post-  
ämtern, an den Schaltern der Banken und privaten  
Sparkassen zum Porturje erhältlich sind, begegnen  
ankaltend steigender Nachfrage in weiten Schichten des  
Publikums. In der Zeit seit Beginn der Ausgabe der  
6-prozentigen Staatsobligationen, d. i. seit Mitte Oktober 1920  
bis Ende Dezember 1920, ist von den mit dem Kom-  
missionsweisen Vertriebe der Staatsobligationen amlich be-  
trauten Stellen eine Summe von rund 1100 Millio-  
nen Kronen nominale abgesetzt worden. Dieses Er-  
gebnis ist den großen Vorzügen dieses Anlagepapiers  
zu danken, welches, obwohl hohe Zinsen abwerfend,  
bei seiner 3-monatigen Kündbarkeit und seiner Es-  
komptierbarkeit im Wege der Österreichisch-ungarischen  
Bank jederzeit leicht wieder in Bargeld realisiert wer-  
den kann.

Da nach Abicht der Finanzverwaltung die Erwer-  
ber von 6-prozentigen Staatsobligationen die hohe Verzinsung  
für volle 6 Jahre genießen sollen und die Staats-  
obligationen nicht in einer Subscription und in einmaliger  
Begebung angeboten werden, sondern bis auf weiter-  
es jederzeit je nach Bedarf bezogen werden können,  
wird, vom 1. Februar 1921 angefangen, eine

neue Serie von 6-prozentigen Staatsobligationen

die Serie 1921 — I ausgegeben, welche dem Typus der  
bisherigen Serie 1920 der 6-prozentigen Staatsobligationen, deren  
Abgabe nur bis einschließlich 31. Jänner 1921 fort-  
gesetzt wird, vollkommen nachgebildet ist. Die Staats-  
obligationen der Serie 1921 — I werden auf Grund des  
Gesetzes vom 7. Dezember 1920, B.G.B. Nr. 34, be-  
geben, sind vom 1. Jänner 1921 datiert, mit Zinsfälli-  
gen fällig am 1. Jänner und 1. Juli derselben und  
gelangen spätestens am 1. Jänner 1927 zur Rückzah-  
lung. Sie können vom Inhaber jederzeit für den  
ersten Tag des der Kündigung nachfolgenden 4. Ka-  
lendermonates zur Rückzahlung zum Nennwerte unter-  
den für die Kündigung der bisherigen 6-prozentigen Staats-  
obligationen der Serie 1920 vorgeschriebenen Modalitäten  
gekündigt werden. Die Staatsobligationen werden al pari  
abgegeben; hierbei hat der Erwerber die 6-prozentigen Stück-  
zinsen vom 1. Jänner 1921 bis zum Tage des Erwer-  
bes zu vergüten. Sie sind bei der Staatszentralbank  
in Wien, dem Postsparkassenamt in Wien, der Öster-  
reichisch-ungarischen Bank, Hauptanfang, sowie bei  
den Kreditinstituten und Sparkassen erhältlich.

Um einerseits das Interesse der Bevölkerungskreise  
für die 6-prozentigen Staatsobligationen zu steigern, andererseits  
jenen Erwerbenden von Staatsobligationen eine

besondere Bonifikation  
zu bieten, die ihre dem Staate zur Verfügung ge-  
stellten Vermitteln diesem durch längere Zeit überlassen  
ohne sie innerhalb dieser Zeit im Wege der Kündi-  
gung der Staatsobligationen abzurufen, wurde nach-  
stehende Bestimmung in den Text der 6-prozentigen Staats-  
obligationen der Serie 1921 — I aufgenommen:

„Gelangt der Staatsobligation erst nach Ablauf eines  
vollen Jahres, vom Ausstellungstage an gerechnet,  
durch Kündigung zur Rückzahlung, so erhält der In-  
haber bei Rückzahlung des Kapitals außer dem Nenn-  
betrage für je drei, seit dem Ausstellungstage abgelaufene  
Monate eine Prämie von je 1% des Nennbetrages.“

Dieser Begünstigung werden nachträglich auch In-  
haber der bisherigen 6-prozentigen Staatsobligationen der Serie  
1920 jedoch nur dann teilhaftig, wenn sie ihre Staats-  
obligationen der Serie 1920 nicht vor dem 1. Juni 1921  
kündigen, so daß die Staatsobligationen frühestens erst am  
1. Oktober 1921 durch Kündigung zur Rückzahlung  
kommen. Gelangt also ein Staatsobligation der Serie  
1920 erst am 1. Oktober 1921 durch Kündigung zur  
Rückzahlung, so erhält der Inhaber bei Rückzahlung  
des Kapitals außer dem Nennbetrage eine Prämie  
von 4% des Nennbetrages. Für je drei weitere,  
seit dem 1. Oktober 1921 abgelaufene Kalendermo-  
nate erhöht sich die Prämie immer um je 1% des  
Nennbetrages, so daß der Inhaber eines Staatsobli-  
gation der Serie 1920, wenn letzterer z. B. am 1. Jänner  
1922 durch Kündigung zur Rückzahlung gelangt, außer  
dem Kapitalbetrage noch eine Prämie von 5% des  
Nennbetrages bekommt.

Damit wird eine besondere Begünstigung geboten  
und den 6-prozentigen Staatsobligationen eine Ausnahmestel-  
lung eingeräumt, welche neben den übrigen überaus  
günstigen Bedingungen dieser Staatsobligationen, die derzeit  
als einziges Anlagepapier frei von jedem Legitima-  
tionszwang erworben werden können, die Erwartung  
gerechtfertigt erscheinen läßt, daß sich in den Kreisen  
der Spar- und Notensparers die Einsicht immer  
mehr und mehr vertiefen wird, wie unangebracht es  
ist, freiliegende Gelder zinslos aufzubewahren. 3.972

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
B. 183. Forstheim. Der  
am 22. Dezember 1868 in  
Stein geborene ledige Land-  
wirt Heinrich Friedrich Wöl-  
fel, z. Bt. in Nöttingen,  
wurde durch Beschluß des  
Amtsgerichts hier vom 14.  
Februar 1921 wegen Trun-  
ksucht entmündigt.  
Forstheim, 2. März 1921.  
Der Gerichtsschreiber  
des Amtsgerichts A. I.

Unsere  
**Depositenkasse „MARKT“ Wechselstube**  
am Marktplatz, im Hotel „Grosse“  
sowie unsere

**Wechselstube im Hauptbahnhof**

ALLE BANKMÄSSIGEN GESCHÄFTE

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.**  
FILIALE KARLSRUHE.

## Neueste Schnittmuster-Album

„Für gut sitzende Schneidererei“

Anerkennungen aus der Zuschneideschule von  
**Johanna Weber, Hirschstraße 28,**

Wir Unterzeichnete haben an dem einwöchentlichen Zuschneidekursus bei  
Fräulein Weber teilgenommen. Wir fühlen uns verpflichtet, Fräulein Weber  
unseren besten Dank auszusprechen für das von ihr selbst entworfene und ge-  
zeichnete Zuschneide-System, welches in seiner klaren Ausführung sehr praktisch  
und reichhaltig ist. Wir werden stets bemüht sein, dasselbe überall auf das  
Beste zu empfehlen.

Elisabeth Hammerschlag, Mina Emig, Maria Bohler, Emma Seitz,  
Anna Gabler, Schwester Käthe Schlicher, Emma Stähle,  
Jeden Montag beginnt ein neuer Zuschneide-Kursus.

## Das Verdingungswesen

Seine Abhängigkeit von Erziehung  
und Stellung der Baubeamten  
und seine Heilung

von  
**Richard Rothacker**

Militär-Intendantur- und Vaurat

Preis M. 7.20 u. Feuerungszuschlag

Aus dem Inhalt:

Begriff, Zweck, Bedeutung, Geschichte und  
Wirkungen des Verdingungswesens. Der Zu-  
sammenhang der Mängel des Verdingungs-  
wesens mit dem Verwaltungs- und Bauwesen,  
sowie dem Dienstbetrieb und seinen Hemmungen.  
Die Erfolgsaussichten der Verbesserungs-  
bestrebungen im Hinblick auf die bisherigen Ver-  
hältnisse in den Bauverwaltungen. Das Ver-  
dingungswesen. Die Wirkungen auf Volkswir-  
tschaft, Staat, Allgemeinheit, Beamte und  
Unternehmer. Arten der Vergebung: a. Öffent-  
liche Ausschreibung. b. Engere Ausschreibung.  
c. Freihändige Vergebung. d. Vorschläge und  
Bestimmungen über die Art der Vergebung.  
e. Auswahl der Unternehmer für engere Aus-  
schreibung u. freihändige Vergebung. Verfahren  
bei Ausschreibungen. Beschaffenheit der Ver-  
dingungsunterlagen. Prüfen für die Vertrags-  
erfüllung. Aufforderung zur Angebotsabgabe.  
Bedingungen f. d. Vergebung um Leistungen:  
a. Maßgebende Dienstvorschrift. b. Persönliche  
Züchtigkeit u. Leistungsfähigkeit der Bewerber.  
c. Form und Inhalt des Angebots. d. Bewer-  
bungsfrist. e. Öffnung der Angebote. f. Zuschlags-  
erteilung. g. Fassung der Verträge. h. Verbleib  
der Verträge. i. Inhalt und Ausführung der Ver-  
träge. j. Zahlung. k. Zahlungsfrist. l. Nebenlei-  
stungen. m. Rechnungsstellung. n. Tagelohn-  
rechnung. o. Mehr- und Minderleistungen und nicht  
vereinbarte Leistungen. p. Versäumnisstrafen.  
q. Reinigungsbedingungen. r. Zeugnisse für Un-  
ternehmer.

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei  
und Verlag, Karlsruhe i. B.,  
Karlriedrichstraße 14.**

## Flügel und Pianos

von  
**Bechstein  
Blüthner  
Grotrian  
Steinweg  
Thürmer**  
sowie  
**Mannborg-  
Harmoniums**  
empfiehlt  
der Alleinverreter  
**L. Schweisgut**  
Karlsruhe  
Erlprinzenstraße 4.

## Gehilfenstelle-Gesuch.

Für meinen 18 Jahre  
alten Sohn, der während  
des Krieges in der Ver-  
waltung und schon 2 Jahre  
in der Grundbuch- und  
Standesbuchführung tätig  
ist, suche ich zu dessen wei-  
teren Ausbildung andern  
Orts eine Gehilfenstelle.  
Gemeindeverwaltungen und  
Kollegen ersuche ich um  
Vermittlung und Mit-  
teilungsstellenvergebung.  
Rohrbach b. S.,  
den 4. März 1921.  
Fr. Walter, Ratsschreiber.

## Bekanntmachung.

Aus der Bernhard Des-  
sauer-Stiftung sind zwei  
Heiratsausstattungs-  
preise von je M. 357.14  
zu vergeben. 3.978

Einige Bewerbungen  
sind unter Nachweis des  
Grades der Verwandtschaft  
mit dem Stifter nebst dem  
Geburts- und Leumunds-  
zeugnis bis 1. Juni d. J.  
anher einzureichen.  
Rannheim, 1. März 1921.  
Die Stiftungs-  
verwaltung.  
Kurzweil.

## Papierholzverkauf

des Forstamts Oberweiler  
aus Domänenverwaltungen  
aus der Hand, ficht. u. tann.  
Nollen m. etwa 10%, Bräu-  
geln, nicht entridet, 163  
Ster, etwa 30 km ab Sta-  
tion „Maulburg“, 23 Ster  
etwa 20 km ab Station  
„Müllheim“. Gef. Ange-  
bote bis Mittwoch, den 16.  
d. März. 3.174

## Bekanntmachung.

**Sinnentarif**  
der Straßburger Straßenbahn-  
Gesellschaft vom 1. Mai 1918

**Wechselfarif**  
Reisenbahnen der Straßburger  
Straßenbahn-Gesellschaft und  
der Nebenbahnen Rhein-Elbe-  
Seelbach vom 1. Oktober 1914.

Am 1. April 1921 treten  
im Expresgutverkehr der  
Reisenbahnen Neßl-Wühl,  
Neßl-Offenheim-Offen-  
burg u. Raßlath-Schwarz-  
ach sowie im Wechselver-  
kehr mit der Nebenbahn  
Rhein-Elbe-Seelbach  
Tariferhöhungen ein. Nä-  
here Verhältnisse Neßl und die  
Direktion der Badener Eisen-  
bahn-Gesellschaft. 3.982

Neßl, 1. März 1921.  
Straßburger Straßenbahn-  
Gesellschaft, Abteilung Baden.  
Eisenbahn-Generaldirektion  
Karlsruhe.

## Zeichensisenbahnen.

Der an der Strecke Was-  
fel Bad. Bahnhof-Säl-  
tingen zwischen den Sta-  
tionen Wasfel Bad. Bahnh-  
hof und Grenzach gelegene  
Haltepunkt Grenzacher Horn  
erhält ab 17. März 1921  
die Befugnis zur Abfertigung  
von Personen nach  
Mafgabe der Vorschriften  
über die Abfertigung von  
Personen, Reisepapier, Ex-  
pressgut, Milch, Hund und  
Arzneimitteln nach und von  
Haltestellen für den Vor-  
ortverkehr. Die Abfertigung  
von Gepäck, Express-  
gut, Milch, Hund und  
Arzneimitteln bleibt aus-  
geschlossen.  
Karlsruhe, 4. März 1921.  
Eisenbahn-Generaldirektion.